

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 858848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Michael Müller MdB zur Gefährdung der Erdatmosphäre: Mahnung zum ökologischen Umdenken (Teil I).

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zur IG Bergbau-Information über „Perspektiven der Kohleverstromung“: Ein Dokument der ideologischen Nachdenklichkeit.

Seite 4

Max von Heckel MdL zur Belastung der Städte durch den Freistaat Bayern: Kommunen müssen CSU-Politik ausbaden.

Seite 5

Günter Topmann MdEP zum Erfordernis, die Infrastrukturbedingungen anzupassen: Fortschritte bei der Harmonisierung des Verkehrsmarktes.

Seite 6

44. Jahrgang / 64

4. April 1989

Mahnung zum ökologischen Umdenken

(Teil I)

Zur Gefährdung der Erdatmosphäre

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

I.

Die anhaltende Zerstörung der Atmosphäre konfrontiert die Menschheit mit einer neuen Dimension globaler Umweltkrise. Denn: Die Zivilisation verliert mit der Ausdünnung der Ozonbarriere um die Erde ihren Sonnenschutz, mit der Aufheizung der Lufthülle erwärmt sich das Treibhaus Erde und verschieben sich die Klimazonen. Der Raubbau an den Rohstoffen, die Freisetzung umweltschädlicher Gase und der Kahlschlag tropischer Wälder führen zu einem Heißlaufen des Klimas. Der steigende Einsatz nicht lebensnotwendiger, aber aggressiver und langlebiger Chlorverbindungen bedingt eine schleichende Zerstörung der stratosphärischen Ozonschicht. Die Gefahr einer Klimakatastrophe und die Ausweitung des Ozonlochs sind zwei unterschiedliche Problembereiche, sie stehen dennoch in einer vielfachen Wechselwirkung zueinander und werden zum Teil durch dieselben Quellen verursacht.

- 0 Gegenüber dem vorindustriellen Wert ist die künstliche Erderwärmung durchschnittlich um bereits 0,7 Grad Celsius angestiegen. Die „Villacher Erklärungen“ der Weltklimatagungen von 1985 und 1987 stellen fest, daß bei einer Trendverlängerung in der Emission klimaschädlicher Treibgase eine Temperaturerhöhung von 6 Grad Celsius in den nächsten 80 bis 100 Jahren nicht ausgeschlossen werden kann. Bereits um das Jahr 2030 würde die Temperatur um rund 3 Grad Celsius angestiegen sein und hätte damit einen Wert erreicht, der aus der Klimageschichte unbekannt ist. Die Auswirkungen für Mensch und Natur wären mit unserer Vorstellungskraft kaum zu erfassen.
- 0 Daß die Luftverschmutzung längerfristig auch das Klima beeinflusst, ist bekannt, und trotzdem geschieht nur wenig, um diese Entwicklung zu stoppen. Zweifellos ist die rhetorische

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos erhältlich  
mit wertvollen Rezepten  
Recycling-Papier



Dosis zugunsten des Umweltschutzes gestiegen. Aber tatsächliche Kurskorrekturen sind immer noch eine andere Sache. Die Menschheit hinkt in einem gefährlichen Abstand den notwendigen Maßnahmen zur Sanierung der Umwelt hinterher. Von daher vermuten viele Klimaforscher, daß eine weitere Aufheizung der Erde um plus 2 Grad Celsius kaum noch zu verhindern sei und selbst dies erforderte bereits schnelle und umfassende Maßnahmen in den nächsten Jahrzehnten. Katastrophale Auswirkungen für viele Regionen der Erde wären die Folge, dies betrifft insbesondere einen großen Teil der armen Entwicklungsländer.

Ernste Folgen der Erderwärmung zeigen sich bereits in den Ländern tropischer Breiten. Die Zunahme dortiger Klimaextreme sind zugleich aber auch Hinweise auf globale Veränderungen. Mit den menschlichen Eingriffen in die Atmosphäre wurde ein „Klima-Roulett“ begonnen. Die Dürre- und Überschwemmungskatastrophen, das verstärkte Auftreten von Wirbelstürmen, anhaltende Hitze- und Smogperioden geben einen Vorgeschmack darauf, was auf die Menschheit insgesamt zukommen kann.

Die Beschädigungen an der Erdatmosphäre machen zugleich die Einheit und die Zerbrechlichkeit unseres Planeten deutlich. Angesichts des weiterhin explosiven Bevölkerungswachstums, kein Grund für die Umweltzerstörung, aber ein Faktor für eine weitere Zuspitzung des Problems, und der immer schneller abnehmenden Verfügbarkeit an Rohstoffen steht zu befürchten, daß die Klimaveränderungen zuerst die Ernährungsgrundlagen drastisch verschlechtern werden. In vielen Regionen der Welt laerten sich dann die Nahrungskörbe noch weiter. Dabei stellt sich für viele Entwicklungsländer bereits heute die Überlebensfrage. Eine Klimaverschiebung vergrößert ohne Zweifel das Nord-Süd-Gefälle auf der Erde. Dies kann zu internationalen Konflikten und zu einer gefährlichen Destabilisierung der Weltlage beitragen.

## II.

Nach den Erkenntnissen der Wissenschaft steht fest: Die Erdatmosphäre ist bedenklich geschädigt, diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahrzehnten beschleunigt, und es gibt noch eine Vielzahl von unbekanntem Faktoren über mögliche weitere Verschärfungen in der Entwicklung. Der Gesamtvorgang ist noch wenig greifbar, aber dennoch real. Die Menschheit hat offenkundig ein erhebliches Wissensdefizit und kann abstrakte Vorgänge nur schwer in konkrete Praxis umsetzen. So wurde auch die Dramatik in der Zerstörung der Ozonschicht und in der Ausbreitung des Ozonlochs in keiner wissenschaftlichen Prognose vorhergesagt.

Die neuen globalen Umweltgefahren erschüttern den weitverbreiteten Glauben an die technische und ökonomische Machbarkeit des Fortschritts. Die Gegenwartsgesellschaft besitzt in einem histo-

risch unbekanntem Ausmaß die technisch-wissenschaftlichen Fähigkeiten und die wirtschaftlichen Potentiale einer ökologischen Selbstzerstörung. Die Gefährdung der Umwelt belegt, daß die Menschheit mit der Entfaltung der industriellen Produktivkräfte noch nicht vernunftgerecht umzugehen versteht. Mußte sich in früheren Zeitepochen der Mensch vor den Naturgewalten schützen, so ist er heute dabei, dieses Spannungsverhältnis grundlegend umzukehren. Ein falsches Verständnis von wirtschaftlicher und technischer Entwicklung widerspricht den Erfordernissen, die an eine „dauerhaft lebensfähige Menschheit“ (C.F. von Weizsäcker) zu stellen sind. Allzuoft stehen kurzfristige und einseitige wirtschaftliche Interessen im Vordergrund und blockieren die Durchsetzung einer ökologischen Rationalität. Die heutigen technischen und rechtlichen Regelungen werden der Reichweite künftiger Folgen der Industrialisierungsdynamik immer weniger gerecht. Grundlegende Korrekturen sind notwendig; Korrekturen, die der hohen Komplexität der Industriegesellschaft und den Zusammenhängen biologisch-ökologischer Prozesse entsprechen müssen. Solt auch in Zukunft die Fülle menschlicher Lebensperspektiven erhalten bleiben, muß das Prinzip der ökologischen Verantwortung neben das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit für alle menschlichen Handlungen verpflichtend werden.

Die Ozonadünnung und die schleichende Erwärmung der Erde sind bedrohliche Warnungen, die Endlichkeit der Rohstoffe und die Grenzen in der Belastbarkeit der Erde zu beachten. Die politische Antwort darauf muß der ökologische Umbau der Industriegesellschaft sein, vor allem durch eine vorsorgende und vorausschauende Berücksichtigung möglicher sozialer und ökologischer Folgen. Hinzu kommt eine verbindliche Festlegung gemeinsamer Wertvorstellungen in einer Weltinnenpolitik, um auf Dauer die tödlichen Gefahren aus der Naturzerstörung abzuwenden.

Die Hauptverantwortung für eine derartige Politik liegt bei den entwickelten Industrieländern. Sie wären die entscheidenden Verursacher einer möglichen Klimakatastrophe. Diese Länder haben einen Anteil von über 75 Prozent beim jährlichen Verbrauch von Energie und Rohstoffen, in ihnen lebt aber nur 25 Prozent der Menschheit. Und letztlich sind nur die Industrieländer aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und ihrer technisch-wissenschaftlichen Potentiale in der Lage, den notwendigen Paradigmawechsel in der Weltentwicklung durchzusetzen und glaubwürdig eine Reform der Weltwirtschaft durchzusetzen.

(-/4.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

Ein Dokument der ideologiefreien Nachdenklichkeit  
Zur IG Bergbau-Information über „Perspektiven der Kohleverstromung“

Von Horst Niggemeier MdB

Der nun schon lange anhaltende und immer unproduktiver werdende Streit über das zukünftige Schicksal der deutschen Kohle könnte an einem Wendepunkt angelangt sein. Die jetzt von der IG Bergbau und Energie (IGBE) durch ihren Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer vorgestellte 56seitige Dokumentation „Heimische Kohle - Schon heute an morgen denken“ bietet faktenorientierte und damit auch realistische Perspektiven für die Rolle der Steinkohle - national, wie europäisch und international - als Grundlage für eine gesicherte Energie- und Elektrizitätsversorgung.

Jetzt muß die Chance dieser möglichen Wende in der energiepolitischen Diskussion von den Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Opposition unter Beteiligung aller Bundesländer genutzt werden. Die IGBE-Dokumentation bietet dafür eine Fülle von objektiv beschriebenen Ansatzpunkten; mit deren Hilfe kann ein wahrhaft neues Energiekonzept für die Bundesrepublik Deutschland mit positiven Auswirkungen auch in Richtung Europa und die Dritte Welt entwickelt werden.

Dies kann jedoch nur gelingen, wenn der Kanzler und seine Minister sowie die Fraktionsvorsitzenden und die Länderchefs diese IGBE-Dokumentation nicht „lesen lassen“, sondern sich 60 Minuten Zeit nehmen und wirklich selbst lesen, mit welchen Fakten und Erkenntnissen die für ihre politische und sachliche Seriosität bekannte Bergarbeitergewerkschaft eine tragfähige und konsensfähige Struktur einer sicheren Energieversorgung für möglich hält.

Mit einer für unsere Zeit bemerkenswerten ideologiefreien Nachdenklichkeit und ebensolichem Realitätsbezug hat die IGBE aus Kritik und Gegenkritik heraus eine energiepolitische Grundsatzlinie formuliert, die von allen politischen Verantwortlichen quer durch die Landschaft der klassischen Parteien höchste Beachtung abverlangt. Mehr noch. Es gilt jetzt, zu handeln; politisch zu handeln, um damit der Bürokratie in Bonn und Brüssel sowie der Energiewirtschaft das politisch gewollte Konzept einer neuen Energiepolitik vorzugeben.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings auch die Frage, warum denn aus den Bonner und Brüsseler Bürokratenstuben bislang keine wirklich zusammenhängende und global orientierte energiepolitische Strategie in die politische Arbeit hineingegeben wurde?!

Dieser Hinweis hat insofern perspektivische Bedeutung, als jetzt seitens der politisch Verantwortlichen verhindert werden muß, daß die strategischen Denkansätze in der IGBE-Dokumentation aus verletzter Eitelkeit oder purer Rechthaberei zerredet werden - von wem auch immer!

Es muß auch vermieden werden, daß die energiepolitischen Fehleinschätzungen aus der Vergangenheit in die jetzt neu aufzunehmende Diskussion über den weiteren Weg in der Energieversorgung unrevidiert hineingetragen werden.

Die mit dem überhöhten Flair von sogenannten Grundsätzen behafteten unterschiedlichen „Positionen“ in der Energiepolitik werden in der realitätsbezogenen Argumentationskette der IGBE-Dokumentation schnell an die harten Grenzen der Wirklichkeit bei uns, in Europa und in der Dritten Welt stoßen. Diese Erkenntnis gilt für Regierung und Opposition, für Bund und Länder und das gilt auch in der Wirtschaft für Energieerzeuger und Energieverbraucher.

Die IGBE-Dokumentation bietet Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen in Bund und Ländern die Möglichkeit, sich in einer gemeinsamen Diskussion von ihren bisherigen partiellen Interessenlagen und sorgsam gepflegten Polit-Parolen zu entfernen, um zu einer praktikablen neuen Energiepolitik zu gelangen. Alle Beteiligten müssen dazu nur ihren entschlossenen Willen miteinbringen.

Es wäre nicht nur den Interessen der Bundesrepublik Deutschland dienlich, sondern von globaler Bedeutung für die Energieversorgung der Zukunft, wenn sich Bundesregierung und Bundestag sowie der Bundesrat mit seinen Länderparlamenten der Mühe unterziehen würden, aus den Fakten der IGBE-Dokumentation realistische Antworten für eine gemeinsame neue Energiepolitik zu formulieren. Die bisherige hektische Kurzatmigkeit in der energiepolitischen Diskussion im gesamten politischen Spektrum hat uns weit hinter die Erkenntnisse aus Ölkrisen von 1973 und 1979 zurückgeworfen. Anlaß genug, jetzt mit Hilfe der IGBE-Dokumentation einen neuen Anfang zu wagen - und dies partei- und länderübergreifend.

(-/4.4.1989/vo-he/rs)

**Bayerische Kommunen müssen CSU-Politik ausbaden**

Zur Belastung der Städte durch den Freistaat

Von Max von Heckel MdL  
Finanzexperte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Zur Beratung des Finanzausgleichgesetzes 1989/90 - der Bayerische Landtag debattiert darüber vom 11. bis 13. April - hat die bayerische SPD-Landtagsfraktion ein Bündel von Anträgen vorgelegt. Ziel dieser Anträge ist, die Finanzsituation der bayerischen Kommunen dem außerordentlich stark gestiegenen Bedarf anzupassen. Die CSU-Staatsregierung hat bei der notwendigen Entlastung der Kommunen von den sogenannten „systemfremden Leistungen“ völlig versagt.

Die kommunalen Ausgaben, die sich aus der Dauerarbeitslosigkeit (zum Beispiel Wegfall der Arbeitslosenhilfe), aus den Aufwendungen für Asylbewerber und geduldete Ausländer sowie aus den Auswirkungen für die ständig steigenden Pflegekosten (insbesondere für ältere Mitbürger) ergeben, sind sprunghaft angestiegen. Wo bleibt das Herz der CSU, angesichts des Versagens der CSU in der Bundesregierung bei der Regelung des Pflegegeldes? Deren Vertreter werden doch nicht müde, immer wieder zu betonen, Familienpolitik sei das „Herzstück“ der CSU-Politik.

Es ist darauf hinzuweisen, daß besonders die Kommunen in den Ballungsräumen und in den Fremdenverkehrsgebieten - dort herrscht eine drückende Wohnungsnot - die Folgen der verfehlten CSU-Wohnungsbaupolitik ausbaden müssen. Gerade diese Städte und Gemeinden benötigen eine erheblich bessere Finanzausstattung, um die dringend notwendigen Sanierungs- und Wohnungsbaumaßnahmen durchführen beziehungsweise fördern zu können. Aus diesem Grunde fordern wir, die von der CSU-Mehrheit im Landtag in den letzten Jahren beschlossenen Eingriffe in die kommunalen Einnahmen wieder rückgängig zu machen. Hier geht es um die Kfz- und Grunderwerbssteuer sowie um die kommunale Schlüsselmasse, die nicht mehr als Reservekasse für die gestiegenen Sozialhilfeleistungen der bayerischen Bezirke mißbraucht werden dürfen.

Es muß endgültig Schluß gemacht werden mit dem Mißbrauch, den die Staatsregierung betreibt: der Freistaat überträgt Landkreisen und kreisfreien Städten den Vollzug staatlicher Aufgaben beispielsweise im Paß-, Kfz- und Bauwesen übernimmt, aber nur einen kleinen Teil der dabei entstehenden Kosten. Die im Haushaltsentwurf der Staatsregierung vorgesehenen Mittel von 610 Millionen Mark pro Haushaltsjahr decken nur etwa 40 Prozent der tatsächlich anfallenden Kosten. In Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden fordern wir daher die Anhebung auf einen Kostendeckungsgrad von 80 Prozent. Es ist unerträglich, daß die CSU-Staatsregierung die bayerischen Kommunen jedes Jahr mit staatlichen Verwaltungsaufgaben in einer Höhe von über einer halben Milliarde Mark belastet. Auch muß der Freistaat den Gemeinden das Geld für die Abfall- und Abwasserbeseitigung zur Verfügung stellen.

(/4.4.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## Fortschritte bei der Harmonisierung des Verkehrsmarktes

---

### Zum Erfordernis, die Infrastrukturbedingungen anzupassen

Von Günter Topmann MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Wichtige Fortschritte sind auf dem Wege zu einem europäischen Verkehrsmarkt mit harmonisierten Wettbewerbsbedingungen zu registrieren. Es kann erwartet werden, daß die Verkehrs- und Finanzminister der Gemeinschaft den jetzt im EP-Verkehrsausschuß gefundenen Kompromiß für die Anlastung der Wegekosten an schwere Nutzfahrzeuge übernehmen. Dies ist die einzige Möglichkeit, nationale Alleingänge zu verhindern, die vor allem auch im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes höchst unerwünscht sind.

Der Kompromiß verfolgt das Ziel, die bestehenden Interessenunterschiede zwischen den im Zentrum der Gemeinschaft gelegenen Staaten mit dichter Infrastruktur und den unter Strukturdefiziten leidenden peripheren Staaten zu überwinden. Er besteht im Kern aus folgenden Elementen:

- Der Rat wird verpflichtet, bis zum 31. Dezember 1990 gleichzeitig zu entscheiden über die Einführung des Territorialitätsprinzips bei der Anlastung der Wegekosten an schwere Nutzfahrzeuge und über eine Rechtsgrundlage für die Infrastrukturpolitik sowie die Schaffung eines Sonderfonds, in den ein Teil des Abgabeaufkommens eingebracht werden soll;
- die Durchführung des Territorialitätsprinzips muß eine Reihe von Bedingungen erfüllen; insbesondere dürfen keine übermäßigen Abgabebelastungen, keine Diskriminierungen, keine Verkehrsbehinderungen, kein unangemessener Kosten- und Verwaltungsaufwand entstehen;
- der Infrastrukturfonds wird, bis gleichwertige Infrastrukturausstattungen hergestellt sind, vorrangig für Vorhaben in Mitgliedstaaten mit weniger entwickelter Verkehrsinfrastruktur verwendet.

(-/4.4.1989/vo-he/rs)